

## DAS THEMA

Am 22. November hatte der Landtag den „Thüringen Monitor 2012“, der unter der Überschrift „Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz“ steht, diskutiert. Auf dieser thematischen Sonderseite gehen wir auf die wichtigsten Ergebnisse der Studie, in dessen Rahmen Wissenschaftler der Universität Jena im Mai und Juni mehr als 1000 Thüringerinnen und Thüringer befragten, intensiver ein.

48 Prozent halten die Bundesrepublik für in gefährlichem Maße überfremdet. Rechnet man noch diejenigen dazu, die der Kategorie „gefährliches Maß“ und dem eher völkisch-biologischen Kriterium der „Überfremdung“ nicht zustimmen, aber dennoch den Ausländeranteil von wohlgerneht 2,3 Prozent in Thüringen als ausreichend empfinden, zeichnet sich ein Bild von einer verschlossenen Gesellschaft.

Zwar stimmen 65 Prozent zu, dass es gut ist, durch Zuwanderer anderen Kulturen zu begegnen. Es wird aber keine Aussage darüber getroffen, ob eine weitere Zuwanderung erwünscht ist, auch nicht darüber, ob Zuwanderer vollständig an unserem Leben teilnehmen sollen. Wie nutzenorientiert xenophobe Einstellungen sich relativieren, wird daran deutlich, dass 25 Prozent der Thüringer selbst für Franzosen den Zuzug erschweren wollen (bei anderen angefragten Nationalitäten ist dieser Anteil deutlich höher). Bei Berufsgruppen, wie Ärzten, Pflegepersonal und Ingenieuren (also dort, wo es einen Mangel an inländischen Fachpersonal gibt) ist eine deutliche Mehrheit für eine gezielte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Das Bild hätte abgerundet werden können, wenn hier auch nach Arbeitern und Ungelernten gefragt worden wäre, denn erst da zeigt sich, ob es sich um eine tatsächlich weltoffene Einstellung handelt.

# Bild einer Gesellschaft, die verschlossen ist

Befunde aus dem „Thüringen Monitor 2012“ zu „Weltoffenheit, Zuwanderung, Akzeptanz“

52 Prozent sind der Auffassung, Zuwanderer tragen zur Sicherung der Renten bei und 44 Prozent meinen, Ausländer kommen her, um den Sozialstaat auszunutzen. Erfreuliche 68 Prozent sind der Auffassung, dass Migranten ein kommunales Wahlrecht erhalten sollen.

Umfrageergebnisse ernst zunehmen und der Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung entgegenzuwirken heißt für die CDU, ihre ablehnende Position gegenüber dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger aufzugeben. Trotz verbreiteter xenophober Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung ist diese weiter als die CDU Thüringen, das sollte zu denken geben.

## Rassismus und Rechtsextremismus

Nachdem die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) einen Anstieg des rechtsextremen Einstellungspotentials für den Osten der Bundesrepublik gegenüber 2010 von etwa zehn auf 15 Prozent feststellte, schienen einige beruhigt, dass der „Thüringen Monitor“ „nur“ 12 Prozent rechtsextreme Einstellungen erbrachte. Aber 51 Prozent wollen Zuzug aus arabischen Ländern einschränken, 46 Prozent der Thüringer halten den Islam für eine Bedrohung für die westliche Demokratie. In der Islamdebatte bräut sich eine explosive Mischung zusammen, Politik und Medien müssen endlich aufhören, hier eifrig mitzurühren. Weitere Tatsachen kommen hinzu: 52 Prozent halten Gehorsam für notwendig, 63 Prozent unterstützen ein autoritäres Staatsmodell, 24 Prozent sind der Auffassung, es gibt unwertes Leben, 17 Prozent meinen, Ausländer sollten nur unter

den eigenen Landsleuten heiraten, 23 Prozent unterstützen sozialdarwinistische Positionen, zehn Prozent sind antisemitisch eingestellt und 15 Prozent verhamlofen den Nationalsozialismus.

Das Besorgnis erregende bei der Verbreitung rechtsextremer Positionen: Diejenigen, die diese Einstellungen teilen, sind selbst nicht der Auffassung, rechts oder rechtsextrem zu sein, sondern sie sehen sich in der Mitte oder gar links im politischen Spektrum. Offenbar werden rechtsextreme Einstellungen, an dieser Zuordnung lässt die Wissenschaft keinen Zweifel, nicht mehr als rechtsextrem in dieser Gesellschaft wahrgenommen. Das aber ist die Voraussetzung, sie zu bekämpfen.

Die Linksfraktion sieht eine Ursache darin, dass viele insbesondere rassistische und national-chauvinistische Positionen zu Mainstream-Positionen

auch innerhalb der sich als der politischen Mitte zuzurechnenden Parteien geworden sind.

Deutlich wird auch, dass das Problem rechtsextremer Einstellungen kein Problem jugendlicher Männer ist. Diese Erkenntnis muss sich endlich durchsetzen, weil Präventionsprojekte zumeist auf diese Bevölkerungsgruppe fokussiert bleiben, gerade aber ältere Menschen aus dem Blick rücken.

Aus allen Studien lässt sich der Zusammenhang zwischen Bildung und menschenfeindlichen Einstellungen herauslesen. Weltoffene und bewusst nicht-rassistische Bildungsarbeit muss kontinuierlicher Gegenstand nicht nur des Lernens, sondern auch der Lernkultur – vom Kindergarten, über die Schule bis hin zur Erwachsenenbildung – werden. Dabei müssen aktuelle Forschungsergebnisse zum Rassismus als gesellschaftliches Machtverhältnis mit einbezogen werden.

*Zunehmend wenden sich in Thüringen Bürgerbündnisse gegen Neonazis und braune Einfall, wie hier in Marlishausen im Ilm-Kreis im Februar, als bekannt wurde, dass eine rechtsextremistische Vereinigung die Immobilie einer früheren Gaststätte in der Gemeinde erworben hat.*



## Mit praktizierter Demokratie unzufrieden

Dass das politische Interesse in Thüringen so niedrig ist wie noch nie, ist besorgniserregend für eine repräsentative Demokratie. Laut „Thüringen Monitor 2012“ nimmt die Kluft zwischen den Repräsentanten (den Politikern) und den Repräsentierten (der Bevölkerung) zu. 73 Prozent der Thüringer sind der Überzeugung, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut. Dabei halten 77 Prozent die Demokratie für die beste aller Staatsideen.

Die Unzufriedenheit und Abkehr von der politischen Mitwirkung resultiert aus der konkreten Erfahrung mit der praktizierten Demokratie, 52 Prozent der Thüringer sind ziemlich bis sehr unzufrieden mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik praktiziert wird. 66 Prozent betrachten ihre eigene finanzielle Situation als gut, allerdings sind 63 Prozent der Überzeugung, dass sie ungerecht partizipieren, nur

ein Drittel glaubt, einen gerechten Anteil zu erhalten. 46 Prozent der Menschen in Thüringen haben Angst vor sozialem Abstieg, besonders Frauen, Menschen über 45 Jahre und Erwerbslose. 73 Prozent beurteilen die wirtschaftliche Lage in Thüringen als schlecht. Drei von vier Erwerbstätigen sehen in der deutschen Einheit mehr Vorteile, während nur für 13 Prozent von ihnen die Nachteile überwiegen. Konträr dazu ist die Bewertung der arbeitslosen Thüringer, von denen nur 46 Prozent mit der Wiedervereinigung eher Vorteile, 38 Prozent hingegen eher Nachteile verbinden. Komplementär zu diesem Befund nimmt die positive Bewertung der deutschen Einheit mit steigender Bildung zu.

Im Einleitungstext zum Thüringen Monitor heißt es: „Internationalität und interkulturelle Orientierung gehören zum Selbstbild des Freistaates Thüringen.“ Jedoch wird das Selbstbild durch

die Studie nicht bestätigt, nur sieben Prozent verstehen sich als Europäer. In der EU sieht ein Drittel der Befragten mehr Nachteile, und 79 Prozent lehnen eine weitere Stärkung der Europäischen Union ab, eine Mehrheit von 51 Prozent hält die EU bereits heute für mit zu weit reichenden Kompetenzen ausgestattet, ist also für ein Festhalten an nationalstaatlichen Interessen, die nicht weiter aufgebrochen werden sollen.

Dies korrespondiert mit dem Befund, dass 55 Prozent der Thüringer der Auffassung sind, dass deutsche Interessen hart und energisch gegenüber dem Ausland durchgesetzt werden sollen. Ein über die Nationalstaatsgrenzen gehendes solidarisches Verständnis fehlt also in Thüringen. Die Fokussierung auf den Nationalstaat kulminiert in der Auffassung, dass ausländische Investitionen im Inland mehr Nachteile bringen (44 Prozent).

## Die Studie

Die Studie „Thüringen Monitor“ ist neben der von Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) verfassten Studie „Deutsche Zustände“, die auch bereits zehnmal erarbeitet wurde, der einzige Langzeitüberblick über die demokratischen Einstellungen und die Verankerung rechtsextremer, rassistischer und gruppenbezogenen menschenfeindlicher Einstellungen. Auftragsvergabe und jährliche Schwerpunktsetzung erfolgen durch die Thüringer Staatskanzlei. Erarbeitet wird sie vom Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Nach Ansicht der LINKEN sollte die Studie breiter aufgestellt werden. Bei der Auswahl der jährlichen Schwerpunktthemen sollte eine Verständigung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren gesucht werden, z.B. die Ansiedlung der Auftragsverteilung im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und bei dem dort angesiedelten Beirat.